

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

8. Ministerrat

31. Juli 2019

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 24. Juni 2019, mit dem ein Beschluss vom 13. Juni 2019 betreffend „Schutz unseres Wassers“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 26. Juni 2019, mit dem eine EntschlieÙung vom 9. Mai 2019 betreffend „Bau der 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 3. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 25. Juni 2019 betreffend „Finanzieller Ausgleich für die Umsatzsteuer bei Pflichtanschaffungen von Einsatzfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehren“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 3. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 25. Juni 2019 betreffend „Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit des österreichischen Bundesheeres und Sicherstellung des Katastrophenschutzes“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 4. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 26. Juni 2019 betreffend „Bundesweit einheitliche, flächendeckende, psychotherapeutische Versorgung für betroffene PatientInnen“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 21. Juni 2019, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2019 betreffend „Sicherstellung der Stromerzeugung aus Biomasse zur Erreichung der Klimaziele und zur Aufrechterhaltung der Waldhygiene“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 26. Juni 2019, mit dem zwei Beschlüsse vom 5. Juni 2019 betreffend „automatisches Pensionssplitting während der Kindererziehung“ und „Einführung eines automatischen Pensionssplittings“ vorgelegt werden.
8. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 26. Juni 2019, mit dem ein Beschluss vom 5. Juni 2019 betreffend „MaÙnahmen zur Erhöhung der Anzahl der Medizinstudentinnen und Medizinstudenten an österreichischen Universitäten“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 5. Juli 2019, mit dem eine EntschlieÙung vom 5. Juni 2019 betreffend „Rasche Einführung eines Abbiegeassistenzsystems!“ vorgelegt wird.

10. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 1. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2019 betreffend „Maßnahmenprogramm zum Schutz von Böden und Vielfalt unserer Umwelt“ vorgelegt wird.
11. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 1. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2019 betreffend „Nationale Umsetzung der UN-Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung“ vorgelegt wird.
12. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 1. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2019 betreffend „Nachhaltige öffentliche Beschaffung; Österreichischer Aktionsplan zur Nachhaltigen öffentlichen Beschaffung“ vorgelegt wird.
13. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 1. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2019 betreffend „Gefahren der Kernenergie; Stopp dem Atomkraftausbau in der EU und mehr externe Kontrollen von AKW-Betreibern“ vorgelegt wird.
14. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 1. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2019 betreffend „Tschechien – Nukleare Sicherheit; Standortsuche Atom Mülllager in Tschechien“ vorgelegt wird.
15. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 1. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2019 betreffend „Slowakei – Nukleare Sicherheit; Stopp der Inbetriebnahme der AKW-Blöcke Mochovce, Block 3 und 4“ vorgelegt wird.
16. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 1. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 28. Juni 2019 betreffend „Gefahren der Kernenergie; Umfassende EURATOM-Vertragsreform und Schaffung eines einheitlichen Atom-Haftungsregimes in der EU“ vorgelegt wird.
17. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 27. Juni 2019, mit dem eine Resolution vom 26. Juni 2019 betreffend „Beibehaltung des Sexualkundeunterrichtes durch zertifizierte ExpertInnen“ vorgelegt wird.
18. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 26. Juni 2019, mit dem die Anträge Nr. 16 – „Feiertag für alle am Karfreitag“, Nr. 17 – „Abfertigung neu – Erhöhung der Dienstgeberbeiträge auf 2,5 Prozent sowie Senkung der Verwaltungskosten“, Nr. 39 – „Geforderte Freiwilligkeit von Überstundenleistungen wird von vielen ArbeitgeberInnen nicht akzeptiert“ und Nr. 40 – „Verbesserungen bei der Abfertigung neu“ vom 23. Mai 2019 vorgelegt werden.
19. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 8. Juli 2019, mit dem die Anträge Nr. 10 – „Nein zur Degradierung des Bahnhofes Steindorf“ und Nr. 31 – „Umfassende Maßnahmen zur Gestaltung eines funktionierenden Schienenverkehrs im Zentralraum Salzburg rund um Steindorf bei Straßwalchen“ vorgelegt werden.
20. Schreiben des Bürgermeisters von Bruck an der Leitha vom 25. Juni 2019, mit dem eine Resolution vom 12. Juni 2019 betreffend „Kampf gegen die Breitspurbahn zum Schutz unseres Lebensraumes“ vorgelegt wird.

21. Schreiben von zwei Gemeinden (Kreuzstetten, Feldkirchen), mit denen Resolutionen betreffend „Heute für morgen – Klimaschutz jetzt!“ vorgelegt werden.
22. Schreiben des Bürgermeisters von Geboltskirchen vom 2. Juli 2019, mit dem eine Resolution betreffend „Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen“ vorgelegt wird.
23. Schreiben des Bürgermeisters von Geboltskirchen vom 2. Juli 2019, mit dem eine Resolution vom 16. Mai 2019 betreffend „Rettet die Bienen – für den Schutz von Böden und Artenvielfalt“ vorgelegt wird.
24. Schreiben von fünf Gemeinden (Marchtrenk, Schwadorf, Neudörfel, Pasching, Purgstall), mit denen Resolutionen betreffend „Recht auf Wasser in der Verfassung verankern“ vorgelegt werden.
25. E 79-NR/XXVI.GP vom 2. Juli 2019 betreffend "Zusammenrechnung der NSchG-Belastungen" (Wortlaut siehe Beilage).
26. E 82-NR/XXVI.GP vom 2. Juli 2019 betreffend "Konversionstherapien stoppen" (Wortlaut siehe Beilage).
27. E 83-NR/XXVI.GP vom 2. Juli 2019 betreffend "tägliche Bewegungseinheit für alle Kinder und Jugendliche im Pflichtschulalter" (Wortlaut siehe Beilage).
28. E 85-NR/XXVI.GP vom 3. Juli 2019 betreffend "Antrag auf Sonderprüfung des Familienfests im Schlosspark Schönbrunn – Verstoß gegen das Vergabegesetz und Verdacht auf Parteienfinanzierung durch die Hintertür durch Alt-Bundeskanzler Kurz" (Wortlaut siehe Beilage).
29. E 89-NR/XXVI.GP vom 3. Juli 2019 betreffend "Ermöglichung des Zugangs zur Schwerarbeiterregelung für Justizwachebeamte" (Wortlaut siehe Beilage).
30. E 90-NR/XXVI.GP vom 3. Juli 2019 betreffend "Aufhebung der Bezugskürzung während der vorläufigen Suspendierung" (Wortlaut siehe Beilage).
31. E 91-NR/XXVI.GP vom 3. Juli 2019 betreffend "Evaluierung der Aufsichtsratsvergütungen im Bereich jener Unternehmen, in denen die jeweiligen Bundesministerien Eigentümerrechte der Republik ausüben" (Wortlaut siehe Beilage).
32. E 93-NR/XXVI.GP vom 3. Juli 2019 betreffend "Bundesheer – Sicherheit ist uns auch etwas Wert" (Wortlaut siehe Beilage).
33. E 95-NR/XXVI.GP vom 3. Juli 2019 betreffend "Aufstockung der Mittel für den „Raus-aus-dem-Öl-Bonus" 2019 und Sicherstellung einer entsprechenden Förderung 2020" (Wortlaut siehe Beilage).
34. E 96-NR/XXVI.GP vom 3. Juli 2019 betreffend "Aufstockung der Förderungsmittel für die Sanierungsoffensive 2019 mit dem „Raus aus dem Öl-Bonus" (Wortlaut siehe Beilage).

35. E 97-NR/XXVI.GP vom 3. Juli 2019 betreffend "Werbekostenstopp für das Digitale Amt" (Wortlaut siehe Beilage).
36. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 4. Juli 2019, mit dem zwei gleichlautende Entschlüsse vom 5. Juni 2019 betreffend „Ausstieg aus der Atomenergie – Stoppt Mochovce jetzt“ vorgelegt werden.
37. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 3. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 26. Juni 2019 betreffend „konsequente Herkunftsbezeichnung und strenger Täuschungsschutz bei Lebensmittel für bewusste Kaufentscheidungen und mehr Regionalität“ vorgelegt wird.
38. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 8. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 13. Juni 2019 betreffend „Änderung der Baumhaftungsregelung und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit bei Nutzung des Waldes“ vorgelegt wird.
39. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 8. Juli 2019, mit dem eine Resolution vom 8. Juli 2019 zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.
40. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 5. Juli 2019, mit dem der Antrag Nr. 36 – „Mehr Engagement für eine europaweite/internationale Besteuerung von Kerosin statt Halbierung der Flugabgabe“ vorgelegt wird.
41. Schreiben des Bürgermeisters von Ried/Innkreis vom 15. Juli 2019, mit dem eine Resolution vom 4. Juli 2019 betreffend „Klimanotstand und Klimaschutzmaßnahmen intensivieren“ vorgelegt wird.
42. Schreiben des Bürgermeisters von Wolfsberg vom 12. Juni 2019, mit dem ein Dringlichkeitsantrag gemäß § 42 K-AGO vom 6. Juni 2019 betreffend „100 %igen Kostenersatz für Gemeinden für die Nationalratswahl im September 2019“ vorgelegt wird.
43. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 5. Juli 2019, mit dem eine Resolution vom 4. Juli 2019 betreffend „Climate Emergency – Villacher Gemeinderat bekennt sich zur Klimakrise“ vorgelegt wird.
44. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 5. Juli 2019, mit dem eine Resolution vom 4. Juli 2019 betreffend „Einführung eines Pfandsystems auf Dosen und PET-Flaschen“ vorgelegt wird.
45. 259/E-BR/2019 vom 11. Juli 2019 betreffend „Bundesheer – Sicherheit ist uns etwas Wert“ (Wortlaut siehe Beilage).
46. 260/E-BR/2019 vom 11. Juli 2019 betreffend „100 Prozent Ökostrom bis 2030“ (Wortlaut siehe Beilage).
47. 261/E-BR/2019 vom 11. Juli 2019 betreffend „Erklärung des Climate Emergency“ (Wortlaut siehe Beilage).

48. 262/E-BR/2019 vom 11. Juli 2019 betreffend „Abschaffung der Eigenverbrauchsabgabe“ (Wortlaut siehe Beilage).
49. Schreiben der Landeshauptfrau von Niederösterreich vom 15. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 26. Juni 2019 betreffend „Sicherstellung der hohen europäischen Sozial- und Umweltstandards bei internationalen Handelsabkommen“ vorgelegt wird.
50. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 15. Juli 2019, mit dem ein Beschluss vom 13. Juni 2019 betreffend „EU-Regionalpolitik als wesentlicher Bestandteil des mehrjährigen Finanzrahmens der EU in der Periode 2021-2027“ vorgelegt wird.

Entschließung

des Nationalrates vom 2. Juli 2019

betreffend Zusammenrechnung der NSchG-Belastungen

Die Bundesregierung insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz wird ersucht, zu den bestehenden Kriterien neue Belastungskriterien für Schwerarbeit aufgrund der Veränderungen der Anforderungen die an ArbeitnehmerInnen gestellt werden, zum Beispiel länger und flexibler zu arbeiten, neu festzulegen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 2. Juli 2019

betreffend Konversionstherapien stoppen

Die Bundesregierung, insbesondere die zuständige Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, unter Einbindung der wissenschaftlichen Fachvereinigungen unverzüglich eine Regierungsvorlage auszuarbeiten und dem Nationalrat zur Beschlussfassung zu übermitteln, mit der die Ausübung von Konversions- und vergleichbaren „reparativen Therapieformen“ an Minderjährigen verboten wird.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 2. Juli 2019

betreffend tägliche Bewegungseinheit für alle Kinder und Jugendlichen im Pflichtschulalter

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport wird ersucht, in Abstimmung mit dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung und der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz sowie den Bundesländern und dem organisierten Sport Bewegungsinitiativen in den Schulen unter Einbindung gemeinnütziger Sportvereine weiterhin zu fördern und mittelfristig über die kommenden fünf Jahre hin bis zu einer täglichen Bewegungseinheit für alle Kinder und Jugendlichen im Pflichtschulalter auszubauen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Antrag auf Sonderprüfung des Familienfests im Schlosspark Schönbrunn – VerstoÙ gegen das Vergabegesetz und Verdacht auf Parteienfinanzierung durch die Hintertür durch Alt-Bundeskanzler Kurz

Die Bundeskanzlerin wird aufgefordert, im Hinblick auf die Vorgänge im Zusammenhang mit der Organisation und Durchführung des „Familienfests im Schlosspark Schönbrunn“ durch die Österreichischen Bundesgärten in Kooperation mit dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus und dem Bundeskanzleramt, Frauen, Familie und Jugend unverzüglich eine interne Sonderprüfung zu veranlassen. Dabei sollen insbesondere alle damit im Zusammenhang stehenden Aufträge sowie die Einhaltung der vergaberechtlichen Bestimmungen einer umfassenden Prüfung unterzogen werden.

Im Raum stehende Verdachtsmomente hinsichtlich des VerstoÙes gegen vergaberechtliche Vorgaben durch Amtsträgerinnen und Amtsträger des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus und des Bundesministeriums für Frauen, Familie und Jugend und deren ausgegliederten Einheiten sowie weitere Verdachtsmomente sollen eingehend geprüft werden. Der Bericht soll unverzüglich, spätestens bis zum 15. August dem Parlament übermittelt werden.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Ermöglicung des Zugangs zur Schwerarbeiterregelung für Justizwachebeamte

Die Bundesregierung wird ersucht, schnellstmöglich die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Exekutivorganen der Justizwache den Zugang zur Schwerarbeiterregelung für besonders belastende Berufstätigkeiten, mit erhöhter Gefährdung, bei denen das tatsächliche regelmäßige Risiko für Leib und Leben im Einsatz die Grenze von allgemein akzeptierter Gefahr in erheblichem Ausmaß übersteigt, ermöglichen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Aufhebung der Bezugskürzung während der vorläufigen Suspendierung

Die Bundesregierung, insbesondere der zuständige Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport wird aufgefordert, die im § 112 Abs 4 BDG 1979 zwangsläufig vorgesehene Bezugskürzung im Fall von vorläufigen Suspendierungen gem. § 112 Abs. 1 Z. 3 entfallen zu lassen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Evaluierung der Aufsichtsratsvergütungen im Bereich jener Unternehmen, in denen die jeweiligen Bundesministerien Eigentümerrechte der Republik ausüben

Die Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, die Finanzprokurator mit der Evaluierung und Prüfung der Entwicklung der Höhe der Aufsichtsratsvergütungen – insbesondere unter dem Aspekt der Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit – seit 1. Jänner 2014 im Bereich jener Unternehmen, in denen das jeweilige Bundesministerium die Eigentümerrechte der Republik ausübt, zu beauftragen.

Dem Nationalrat ist über die Ergebnisse dieser Evaluierung bis zum 15. August 2019 Bericht zu erstatten.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Bundesheer – Sicherheit ist uns auch etwas Wert

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass, im Hinblick auf den Investitionsrückstau des Österreichischen Bundesheeres im Bereich der militärischen Ausrüstung, Gerät und Kaserneninfrastruktur, das Ziel der Fortschreibung des Aufwärtstrends der letzten Jahre beim Bundesheer im Sinne des Allparteiantrags vom November 2015, weiterverfolgt und eine budgetäre Ausstattung in der Höhe von 2,6 Mrd für das Jahr 2020 – dies auf Basis des BFRG zuzüglich der bereits genehmigten bzw. in Umsetzung befindlichen Sonderinvestitionspakete „Hubschrauber und Mobilität“, und 3 Mrd für das Jahr 2021 vorgesehen wird.

In den weiteren Jahren sind die notwendigen budgetären Mittel zur Verfügung zu stellen, um einen verfassungskonformen Zustand des Österreichischen Bundesheeres zu gewährleisten.

GroÙe Beschaffungsvorhaben, wie zum Beispiel Flugzeuge für die Luftraumüberwachung, sind durch weitere Investitionspakete zusätzlich zum Regelbudget abzudecken.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Aufstockung der Mittel für den „Raus-aus-dem-Öl-Bonus“ 2019 und Sicherstellung einer entsprechenden Förderung 2020

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert,

- 1.) den Zusagerahmen für die Sanierungsoffensive 2019 um 10 Mio. Euro raschestmöglich (bis 1. August 2019) aufzustocken und dadurch eine Fortsetzung dieser erfolgreichen Förderungsaktion im heurigen Jahr zu ermöglichen sowie
- 2.) im Sinne einer kontinuierlichen Ausrichtung der Förderpolitik in diesem Bereich den Zusagerahmen für die Sanierungsoffensive 2020 zumindest in gleicher Höhe wie 2019 festzulegen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend Aufstockung der Förderungsmittel für die Sanierungsoffensive 2019 mit dem „Raus aus dem Öl-Bonus“

Die Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus und der Bundesminister für Finanzen werden aufgefordert,

1. die Sanierungsoffensive 2019 mit dem „Raus aus dem Öl-Bonus“ bis 31. Juli 2019 neu zu dotieren und für das restliche Jahr 2019 weitere 20 Mio. Euro an Förderungsmitteln zur Verfügung zu stellen sowie
2. zukünftig das Förderregime der Sanierungsoffensive jährlich zu evaluieren und die Ergebnisse zu veröffentlichen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 3. Juli 2019

betreffend „Werbekostenstopp für das Digitale Amt“

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, wird aufgefordert, die Bewerbung des Digitalen Amtes unverzüglich zu stoppen, bis die versprochenen Services auf allen Endgeräten funktionieren und wirklich jeder und jede BürgerIn ohne Einschränkung daran teilhaben kann.

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 11. Juli 2019 betreffend Bundesheer – Sicherheit ist uns etwas Wert.

angenommen anlässlich der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 3. Juli 2019 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Transparenzdatenbankgesetz 2012 geändert wird (626 d.B.)

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass, im Hinblick auf den Investitionsrückstau des Österreichischen Bundesheeres im Bereich der militärischen Ausrüstung, Gerät und Kaserneninfrastruktur, das Ziel der Fortschreibung des Aufwärtstrends der letzten Jahre beim Bundesheer im Sinne des Allparteiantrags vom November 2015, weiterverfolgt und eine budgetäre Ausstattung in der Höhe von 2,6 Mrd für das Jahr 2020 – dies auf Basis des BFRG zuzüglich der bereits genehmigten bzw. in Umsetzung befindlichen Sonderinvestitionspakete „Hubschrauber und Mobilität“, und 3 Mrd für das Jahr 2021 vorgesehen wird.

In den weiteren Jahren sind die notwendigen budgetären Mittel zur Verfügung zu stellen, um einen verfassungskonformen Zustand des Österreichischen Bundesheeres zu gewährleisten.

GroÙe Beschaffungsvorhaben, wie zum Beispiel Flugzeuge für die Luftraumüberwachung, sind durch weitere Investitionspakete zusätzlich zum Regelbudget abzudecken.“

Entschließung

des Bundesrates vom 11. Juli 2019 betreffend 100 Prozent Ökostrom bis 2030

angenommen anlässlich der Debatte über den Entschließungsantrag der Bundesräte David Stögmüller, Dr. Gerhard Leitner Kolleginnen und Kollegen betreffend 100 Prozent Ökostrom bis 2030 (261/A(E)-BR/2019)

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus wird aufgefordert, weiterhin intensiv an einem Gesetzesvorschlag zu arbeiten und diesen ehest dem Parlament zur Begutachtung vorzulegen, der die Erreichung des neuen Ausbauzieles von 100 Prozent Ökostrom bis 2030 gewährleistet.“

Entschließung

des Bundesrates vom 11. Juli 2019 betreffend Erklärung des Climate Emergency

angenommen anlässlich der Debatte über den Entschließungsantrag der Bundesräte Dr. Andrea Eder-Gitschthaler, Korinna Schumann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erklärung des Climate Emergency (267/A(E)-BR/2019)

„Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- den Climate Emergency zu erklären und damit die Eindämmung der Klima- und Umweltkrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität anzuerkennen.
- zusätzlich zu den Veröffentlichungen österreichischer gesetzlicher Institutionen die wissenschaftlichen Berichte des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC), des „Austrian Panel on Climate Change“ (APCC) und der „Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services“ (IPBES) als sachliche Grundlage für zukünftige Klima- und Umweltpolitik heranzuziehen,
- und darauf aufbauend im Rahmen der Nachbesserung des Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) umgehend Maßnahmen, welche den Ausstoß von Treibhausgasen ohne Einsatz von risikoreichen Kompensationstechnologien und ohne Ankauf von Emissions-Zertifikaten nachweislich verringern. Ziel soll es sein, die Emissionen ehestmöglich, doch noch vor Mitte des Jahrhunderts, und sozial verträglich über die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens hinaus auf Netto-Null zu reduzieren, um Österreichs angemessenen Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C zu leisten.
- bei zukünftigen Entscheidungen auch stets die Auswirkungen auf das Klima und den Klimaschutz feststellen zu lassen, transparent und nachvollziehbar darzustellen und zu berücksichtigen.
- zu Fortschritten und Schwierigkeiten bei der Emissions-Reduktion im Speziellen, sowie beim Klima- und Umweltschutz im Allgemeinen, dem Nationalrat und der Öffentlichkeit das halbjährliche Protokoll des Klimaschutzkomitees vorlegen zu lassen.
- die österreichische Bevölkerung über alle öffentlichen Kanäle umfassend und beständig über die Klima- und Umweltkrise, ihre Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen diese ergriffen werden, zu informieren.
- sich auf EU- und internationaler Ebene für die Erreichung des 1,5°C-Ziels politisch einzusetzen, entsprechende Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz auch von anderen Ländern einzufordern, sich für Erneuerbare Energien und gegen Energiegewinnung mittels Kernspaltung auszusprechen, sowie die Erfüllung des globalen Ziels durch den eigenen angemessenen Beitrag von Österreich zur Treibhausgasreduktion voranzutreiben.
- bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen mit den Bundesländern und Gemeinden zu kooperieren und sich mit diesen abzustimmen.“

262/E-BR/2019 - EntschlieÙung

EntschlieÙung

**des Bundesrates vom 11. Juli 2019 betreffend Abschaffung der
Eigenverbrauchsabgabe**

**angenommen anlässlich der Debatte über den EntschlieÙungsantrag der Bundesräte
David Stögmüller, Dr. Gerhard Leitner, Kolleginnen und Kollegen betreffend 100 Prozent
Ökostrom bis 2030 (261/A(E)-BR/2019)**

„Die Bundesregierung wird ersucht, die Initiative zur Abschaffung der Eigenverbrauchsabgabe (Elektrizitätsabgabe) für vor Ort und Stelle erzeugten und verbrauchten Photovoltaikstrom zu unterstützen.“